

FRAKTION KOMPAKT



Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion | Ausgabe 16 | Dezember 2025

Wege aus der Krise

Die AfD-Fraktion übernimmt als stärkste
Oppositionsfraktion Verantwortung und
legt konkrete Reformvorschläge vor



Wege aus der Krise

Die AfD-Fraktion übernimmt als stärkste Oppositionsfraktion Verantwortung und legt konkrete Reformvorschläge vor



- 3 Vorwort**
- 8 Wider das Vergessen**
- 10 Der globale Kampf um die Wahrheit**
- 11 Wir suchen Verstärkung!**
- 12 35 Jahre Deutsche Einheit – der 9. November als Tag der Freiheit**
- 16 Tourismus schützen, Identität bewahren**
- 18 Unser Nein zur EU-Chatkontrolle**
- 21 Finanzielle Zwangsmaßnamen im Stillen**
- 24 Grundsicherung im Alter: eine Sozialleistung unter Druck**

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: Adobe Stock / AR Pictures

Stand: Dezember 2025

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



Herausfordernde Zeiten

Liebe Leser,

was für ein Jahr: Erst die vorgezogene Bundestagswahl, dann der verfassungsrechtlich unverantwortliche Schuldentsunami von Friedrich Merz unter Missachtung der neuen politischen Mehrheit im Parlament und schließlich gleich zwei Bundeshaushalte, die mit ihren Rekorddefiziten ganzen Generationen die Zukunft verbauen. Die aktuelle politische Lage stellt nicht nur unser Land und seine Bürger, sondern auch die Bundestagsabgeordneten und ihre Mitarbeiter vor besondere Herausforderungen.

Für uns als AfD-Fraktion war das Jahr 2025 dennoch ein großer Erfolg. Dank der erfolgreichen Bundestagswahl am 23. Februar hat sich die Zahl unserer Fraktionsmitglieder auf 151 Abgeordnete verdoppelt. Neunzig neue Parlamentarier mussten sich in kurzer Zeit in die Fraktionsabläufe einfinden. Nach den intensiven ersten Monaten der neuen Wahlperiode können wir sagen: Der Start ist geeglückt. Innerhalb weniger Wochen entstand aus alten und neuen Abgeordneten eine Fraktion, die ihrer Aufgabe, als stärkste Oppositionskraft die Regierung zu kontrollieren, in allen parlamentarischen Bereichen gerecht wird.

Doch auf diesem Erfolg können und wollen wir uns nicht ausruhen. Schon jetzt ist absehbar, dass uns auch das Jahr 2026 vor große Herausforderungen stellen wird. Angesichts der Reformverweigerung von Schwarz-Rot wird sich der Niedergang unserer Wirtschaft fortsetzen und beschleunigen. Mit unserer parlamentarischen Arbeit wollen wir dem ökonomischen Niedergang Deutschlands entgegentreten. Wir sind davon überzeugt, dass eine andere Politik möglich ist und die deutsche Wirtschaft – und damit das ganze Land – zur alten Stärke zurückfinden können. Doch dafür ist entschlossenes und zügiges Handeln notwendig, zu dem CDU/CSU und SPD offensichtlich weder willens noch in der Lage sind.

Die AfD-Fraktion wird trotz der anhaltenden undemokratischen Ausgrenzung durch die anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag weiterhin konstruktiv daran mitwirken, Deutschland aus der Krise zu führen.



Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende



Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender



Bild: erivato / GoldfeldDayz

Wege aus der Krise

Die AfD-Fraktion übernimmt als stärkste Oppositionsfraktion Verantwortung und legt konkrete Reformvorschläge vor

Nach nur einem halben Jahr ist die schwarz-rote Koalition faktisch am Ende, und Deutschland steckt tief in der Krise. Zwei politische Grundhaltungen treiben Deutschland aus Sicht vieler Kritiker in gefährliches Fahrwasser: das Konzept der offenen Grenzen und der »Klimaschutz«.

Die Migrationskrise und die damit verbundene Einwanderung in die Sozialsysteme hängen direkt mit der angespannten Situation unseres Sozialstaats zusammen. Die Wirtschaftskrise, in der Deutschland sich seit Jahren befindet und die zum Verlust von Arbeitsplätzen, Unternehmen und ganzen Industriezweigen führt, ist wiederum eine Folge der durch die Energiewende entstandenen Energieversorgungskrise. Trotz dieser prekären Umstände möchte die Klingbeil-Merz-Regierung das Geld der Steuerzahler weiterhin mit vollen Händen ausgeben. Aus diesem Grund steckt Deutschland auch noch inmitten einer handfesten Finanz- und Staatsschuldenkrise. Diese fünffache Krise ist kein schicksalhaftes Verhängnis, sondern das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen auch früherer Regierungen, die die schwarz-rote Koalition nicht korrigiert, sondern verschärft.

Dass es so nicht weitergehen kann, liegt auf der Hand. Die SPD mit ihrem Glauben an eine umverteilungsorientierte und egalitäre Politik, eine politische Kraft, die Instrumente wie Parteiverbote, höhere Steuern und zusätzliche Schulden als Lösungen betrachtet, kann Deutschland nicht aus der Krise führen. Die Unionsparteien CDU und CSU haben durch den Bruch ihrer zentralen Wahlversprechen und das beharrliche Festhalten an der von linken Parteien errichteten »Brandmauer« nicht nur kostbare Zeit verloren, sondern die Situation noch verschlimmert. Die Taktik der Union, die Gunst der SPD und die sogenannte Brandmauer über das Wohl des Landes

und seiner Bürger zu stellen, um die eigene Regierungsfähigkeit zu sichern, ist kläglich gescheitert.

Unser Plan für Deutschland

Deutschland braucht ein Sofortprogramm zur Reform von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, um wieder auf die Beine zu kommen. Es ist Zeit für den »Deutschlandplan« der AfD-Bundestagsfraktion:



Wir brauchen billige, sichere und jederzeit ausreichend verfügbare Energie. Das ist die Grundlage für wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand.

Das gescheiterte Experiment »Energiewende« muss sofort beendet, die Stilllegung der Kernkraftwerke gestoppt und der Wiedereinstieg in die Kernkraft forciert werden.

Wir wollen die Subventionen für Wind- und Solarstrom sowie die ruinöse CO₂-Bepreisung und den CO₂-Emissionshandel ersatzlos streichen. Das umstrittene Haubek'sche Heizungsdiktat muss abgeschafft werden.



In der Wirtschaftspolitik muss wieder der Grundsatz gelten: marktwirtschaftliche Ordnungspolitik statt (öko-)sozialistischer Planwirtschaft.

Wir möchten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, indem wir das Verbrennerverbot sowie sämtliche Lieferkettengesetze auf nationaler wie auf EU-Ebene abschaffen und parallel dazu ein Entfesselungsprogramm initiieren, das unsere Wirtschaft von überbordenden bürokratischen Regulierungen und Berichtspflichten befreit und die Steuer- und Abgabenlast spürbar senkt.



Wir müssen konsequent zum Solidarprinzip zurückkehren: Anspruch auf umfassende Sozialleistungen dürfen nur diejenigen Mitglieder der Solidargemeinschaft haben, die einen Beitrag zu den sozialen Sicherungssystemen leisten.

An die Stelle des »Bürgergelds« soll eine aktivierende Grundsicherung treten, die Kosten reduziert, statt sie zu erhöhen.

Damit die gesetzliche Rente finanzierbar bleibt, muss sie vollständig von allen versicherungsfremden Leistungen entlastet und um kapitalgedeckte Säulen ergänzt werden.

Die Beamtenversorgung muss reformiert und die Verbeamtung auf wenige hoheitliche Aufgabenbereiche beschränkt werden. Politiker und Mandatsträger sollen ebenfalls in die gesetzliche Rentenkasse einbezogen werden.



Die ausgebliebene Migrationswende muss durch eine Politik deutlich strengerer Steuerung und Kontrolle eingeleitet werden: Wir brauchen lückenlose Grenzkontrollen, die Zurückweisung aller illegal nach Deutschland eingereisten Personen und konsequente Abschiebungen.

Anreize wie hohe Sozialleistungen oder der erleichterte Zugang zu Aufenthalt und Staatsbürgerschaft müssen entfallen. Für Asylbewerber dürfen nur noch Sachleistungen statt Bargeld gewährt werden.

Die Einbürgerung soll erst nach zehn Jahren und nur unter strengen Kriterien möglich sein, die Anspruchseinbürgerung wird abgeschafft.



Bild: Adobe Stock / ruangriti19

Die Staatsausgaben müssen umfassend überprüft und auf das notwendige Maß begrenzt werden. Anstatt neue Schulden aufzunehmen, soll der Staat mit den vorhandenen Steuereinnahmen auskommen.

Wir lehnen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und das Privatleben der Bürger ab. Der Staat soll sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren: innere und äußere Sicherheit, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und die Sicherung der öffentlichen Ordnung.

Subventionen ohne klaren Nutzen müssen gestrichen, die Finanzierung politischer Pseudo-»Nichtregierungsorganisationen« eingestellt werden.

Die Verteilung von deutschem Steuergeld ins Ausland ohne direkten Mehrwert für Deutschland muss beendet werden, da die verfügbaren Mittel für die Zukunft des eigenen Landes und seiner Bürger benötigt werden.

Eine grundlegende Strukturreform ist erforderlich, um Bürokratie abzubauen, das unübersichtliche Fördersystem zu vereinfachen und Steuergelder stärker im Wirtschaftskreislauf und bei den Bürgern zu belassen.

Die »Steuerreform 25« der AfD-Bundestagsfraktion sieht einheitlich niedrige Steuersätze, Familiensplitting und hohe Freibeträge vor – das entlastet die große Mehrheit der Bürger und vor allem die Mittelschicht. Die Einkommensteuer soll halbiert, der »Solidaritätszuschlag« abgeschafft werden.

Weg frei für einen Kurswechsel

Die wichtigsten Maßnahmen zur Korrektur der durch die Klima- und Migrationsideologie in Deutschland verursachten Schäden könnten sofort beschlossen werden, wenn die bürgerlichen Kräfte zusammenfinden und den Willen der Wähler erfüllen, die sich mehrheitlich eine nicht-linke Politik wünschen.

CDU und CSU stehen vor der Entscheidung, ob sie ihre Programmatik weiterhin an den Vorgaben linker und grüner Parteien ausrichten oder das langfristige Wohl des Landes über parteiinterne Interessen stellen.

Die AfD-Fraktion ist dazu bereit – aus Verantwortung für Deutschland.



Wider das Vergessen

Das vierte Corona-Symposium der AfD-Fraktion hat gezeigt, dass die Folgen der Corona-Politik bis heute nicht aufgearbeitet sind

Five years after the outbreak of the Corona crisis, many fundamental questions remain unanswered regarding the measures taken by the former federal government to contain the pandemic, which should have been addressed. How could it come about that the fundamental rights of citizens were restricted and suppressed to such an extent? How was it possible that political decisions were made under exclusion of the public, without the right to participate, and only later – without the right to participate – communicated to the population? And why did state institutions, which were originally founded to protect the citizen, suddenly become helpers of the state against him?

Despite the available instruments – such as the investigation committees in the Federal

deslands or the Enquiry Commission in the Bundestag – many facts have not been clarified to this day, but rather obscured and suppressed. Against this background, it is important to the organizers of the symposium that critical and independent voices can be heard to discuss open questions.

Already for the fourth time in a row, the AfD fraction invited to a Corona Symposium in the German Bundestag. Over 250 guests from Germany and various European countries gathered on November 7 and 8, 2025, for an informative meeting; experts from medicine, law and politics presented their findings. As emerged from numerous individual conversations, in addition to the named

Punkten insbesondere die Aufarbeitung potenzieller Impfschäden im Mittelpunkt unseres Symposiums.

Sowohl die Gäste als auch die anwesenden Fraktionsmitglieder einte angesichts der Versäumnisse der Politik in der Corona-Pandemie eine tiefgreifende Sorge: Wie können wir sicherstellen, dass in Zukunft ähnlich weitreichende Eingriffe in die rechtsstaatlichen Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verhindert werden?





Der globale Kampf um die Wahrheit

Trump-Berater Alex Bruesewitz zu Gast bei der AfD-Bundestagsfraktion

V.l.n.r.: Markus Frohnmaier, Alex Bruesewitz, Beatrix von Storch und Ruben Rupp

Der anhaltende Kampf der Linken gegen das Bürgertum richtet sich nicht nur gegen einzelne Staaten, sondern gegen die freie Gesellschaft im Allgemeinen. Dies wurde im gemeinsamen Gespräch mit dem Kommunikationsstrategen und engem Vertrauten von US-Präsident Donald Trump, Alex Bruesewitz, deutlich. Am 5. November 2025 lud die AfD-Bundestagsfraktion zu einem Diskussionsabend unter dem Titel »Der globale Kampf um die Wahrheit – Wie Konservative die Deutungshoheit zurückgewinnen können« in den Deutschen Bundestag ein.

Während dieser Veranstaltung gab Bruesewitz nicht nur spannende Einblicke in die überaus erfolgreiche Social-Media-Strategie der politischen MAGA-Bewegung in den USA; er berichtete auch von Angriffen, die ihren tragischen Höhepunkt in der Ermordung von Charlie Kirk fanden. In seiner Rede rief Bruesewitz zur Verteidigung konservativer und christlicher Werte auf und sprach von einem »geistlichen Kampf« gegen linke Ideologien. In diesem Zusammenhang forderte er klare Grenzen, eine Stärkung der Mittelschicht und die Rückbe-

sinnung auf die Familie als Fundament der Gesellschaft.

Im Gespräch mit dem Amerikaner wurden zahlreiche Gemeinsamkeiten deutlich. Die Warnung vor Zensur, supranationalen anonymen Strukturen und einer Politik, die nationale Interessen vernachlässigt, gehörte zu den Kritikpunkten, in denen sich die anwesenden Abgeordneten mit Bruesewitz einig zeigten. Auch in der Frage, welche Wertvorstellungen der bürgerlichen Mitte dem entgegengesetzt werden sollten, herrschte dies- und jenseits des Atlantiks Einigkeit: Glaube, Familie, Heimat und Freiheit bilden das gemeinsame Fundament.

Die aufschlussreichen Gespräche an diesem Abend machten vor allem eines deutlich: der Kampf gegen eine internationalistisch orientierte Linke kann nur global geführt werden.



VIDEOLINK

<https://www.youtube.com/watch?v=Hxmflw-Eocc>

WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG!

Wissenschaftlicher Referent für den Arbeitskreis Haushalt

(gleich welchen Geschlechts)

Bild: Adobe Stock / sirichai

IT-Referent Entwicklung

(gleich welchen Geschlechts)

Referent für den Fraktions- geschäftsführer

(gleich welchen Geschlechts)

Influencer- Manager

(gleich welchen Geschlechts)



Bild: Adobe Stock / Wahjoeckris

Wir bieten Ihnen:

- Verantwortungsvolle Aufgaben
- Weiterentwicklung durch Fortbildungsangebote und Schulungen
- Top-Lage im politischen Zentrum Berlins
- Betriebliche Altersvorsorge
- Vergünstigtes Deutschlandticket

Weitere Stellenangebote finden Sie auf stellen.afdbundestag.de

35 Jahre Deutsche Einheit - der 9. November als Tag der Freiheit

Eine Gedenkveranstaltung der AfD-Fraktion im Deutschen
Bundestag widmete sich dem historisch vielschichtigen
Schicksalstag der Deutschen



VIDEOLINK

<https://www.youtube.com/watch?v=SSDS82InOZw>

Den 9. November 2025 beging die AfD-Bundestagsfraktion mit der festlichen Veranstaltung »35 Jahre Deutsche Einheit«. Rund 400 Gäste folgten der Einladung der Arbeitsgruppe Geschichte sowie des Arbeitskreises für Kultur und Medien, um dieses historisch vielschichtige Datum gemeinsam zu würdigen. Unter den Rednern befanden sich unter anderem Karlheinz Weißmann (Historiker), Susanne Fürst (Abgeordnete zum Nationalrat der Republik Österreich und Klubobmann-Stellvertreterin des Freiheitlichen Parlamentsklubs), Götz Frömming, Alexander Wolf und Christoph Birghan.

Die Veranstaltung bot Raum für Rückblick, Einordnung und Debatte: über Freiheit, Einheit und die Verantwortung demokratischer Erinnerungskultur. Dabei rückte besonders die Frage in den Mittelpunkt, welche Bedeutung der 9. November für das heutige Deutschland haben sollte.

In diesem Rahmen hielt Alexander Gauland eine Rede, die wir nachfolgend im Wortlaut dokumentieren. Sie setzt sich mit der Ambivalenz dieses Tages auseinander, erinnert an die prägenden Ereignisse der Jahre 1918, 1923, 1938 und 1989, und plädiert dafür, den 9. November als zentralen



Tag deutscher Freiheits- und Demokratiegeschichte neu zu begreifen.

»Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

der 9. November ist der Tag, an dem die Deutschen eine Verabredung mit ihrem Schicksal haben.

In diesem Datum ist die Ambivalenz unserer Geschichte gleichsam geronnen – und das alles im Zeitraum eines Menschenlebens. Das ist unter anderem daran zu erkennen, dass an jedem 9. November landesweit Redner an Mikrofone treten und immer neue Versuche unternehmen, dieses Datum zu interpretieren und die historischen Ereignisse gegeneinander abzuwägen:

Am 9. November 1918 erklärte Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung Kaiser Wilhelms und übertrug Friedrich Ebert die Amtsgeschäfte. Dessen Genosse Philipp Scheidemann rief am Mittag vor dem Reichstagsgebäude die Deutsche Republik aus.

Am 9. November 1923 schlug die bayerische Polizei in München den Hitlerputsch nieder, den man besser den Ludendorff-Hitlerputsch nennen sollte, denn das war die damalige Rangordnung der beiden Oberputschisten.

Am 9. November 1938 veranstalteten die Nationalsozialisten unter Führung des Hauptbrandstifters Josef Goebbels die sogenannte Reichskristallnacht. Zahlreiche Synagogen wurden während des Pogroms in Brand gesteckt, hunderte jüdische Geschäfte zerstört, vermutlich mehrere hundert deutsche Juden umgebracht. Etwa 30.000 jüdische Männer und Frauen wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

Ja, und am 9. November 1989 fiel die Mauer.

Die mutigen Montagsdemonstranten in Leipzig, Dresden und anderenorts hatten die so widernatürliche wie tödliche innerdeutsche Grenze zum Einsturz gebracht. Und anders als 1953 ließ die Sowjetunion die Aufständischen gewähren. Wenig später war der gesamte Ostblock Geschichte.

Der 9. November 1989 gehört zum 17. Juni 1953 wie die andere Seite der Medaille. Zwischen den beiden Ereignissen existiert gleichsam eine subkutane Verbindung. Der 9. November 1989 löste das Freiheitsversprechen des 17. Juni ein. Das offizielle Deutschland aber hat sich der Gelegenheit begeben, ein symbolträchtiges, verbindendes, emotional aufgeladenes Datum zum Nationalfeiertag zu erheben. Die Regierung Kohl wählte bekanntlich ein anderes Datum.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei, und der Einigungsvertrag legte zugleich den 3. Oktober als Nationalfeiertag fest; er ersetzte den 17. Juni als Tag der Deutschen Einheit. Ein Verwaltungsakt ersetzte den Gedenktag an einen Volksaufstand gegen das sozialistische Regime. Mit diesem Datum verbinden die meisten Menschen emotional überhaupt nichts und es hat auch keine Beziehungen zur deutschen Geschichte. Der zweite und diesmal erfolgreiche Volksaufstand gegen diese Tyrannie, symbolisiert im Mauerfall am 9. November 1989, blieb daher ebenfalls unberücksichtigt – weil die Politiker Angst hatten vor dem historisch belasteten 9. November und weil die Politik in diesem Lande ganz allgemein Angst hat vor historischen Erinnerungen.

Ein Land, das der Bundeswehr jedes Erinnern an die militärische Vergangenheit – also auch die vor 1933 – untersagt hat, hat auch keinen Sinn für die Ambivalenzen des 9. November. Dabei wäre genau hier die Chance gewesen, die deutsche Daseinsverfehlung, wie sie Karl Jaspers einmal genannt hat, zu korrigieren:

mit einer demokratischen Revolution friedlich und glücklich und dadurch die anderen 9. November zwar nicht zu verdrängen, aber ihnen ihre Endgültigkeit für den Lauf der deutschen Geschichte zu nehmen. Der 9. November 1989 hat eben jene Daseinsverfehlung korrigiert. Auch Deutschland kann eine demokratische, normale, friedliche Entwicklung nehmen.

Meine Damen und Herren, welcher 9. November ist nun der wichtigste für uns und die deutsche Geschichte? Ich will mit einem Gleichnis antworten. Sie kennen alle das Märchen vom Dornröschen. Als die Prinzessin geboren war, kamen die Feen zu dem Fest und beschenkten das Kind in der Wiege. Als die elfte Fee geendet hatte, trat die dreizehnte herein – die böse, die uneingeladene – und sagte, das Mädchen werde sich in seinem fünfzehnten Jahr an einer Spindel stechen und tot umfallen. Aber die verspätet erscheinende zwölfte Fee hatte noch ihren Wunsch offen, und so sprach sie: Es soll aber kein Tod sein, sie soll nur hundert Jahre in einen tiefen Schlaf fallen. Der Wunsch der zwölften Fee, meine Damen und Herren, das ist in diesem Bilde für Deutschland der 9. November 1989 gewesen.

Der 9. November 1989 hat den totalitären Fluch, der auf diesem Datum liegt, zwar nicht ganz aufgehoben – das geht in der Geschichte nie –, aber ins Versöhnliche abgemildert. Mit dem 9. November, diesem Tag der Freiheit, der Einheit und der Demokratie ist die vertrackte deutsche Geschichte am Ende noch einigermaßen gut ausgegangen. Und deshalb, meine Damen und Herren, wird der 9. November 1989 für mich immer der eigentliche deutsche Nationalfeiertag bleiben, trotz aller Schwere, die mit diesem Datum auch verbunden war in unserer Vergangenheit.«



Unser Antrag: Schwarz-Rot-Gold als identitätsstiftendes Symbol für unsere Demokratie konsequent bewahren – Traditionelle Beflaggung von Dienstgebäuden des Staates wiederherstellen



Bundestagsdrucksache 21/348, 03.06.2025
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/003/2100348.pdf>





Bild: envato / Angelov1

Tourismus schützen, Identität bewahren

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für einen starken Tourismusstandort Deutschland ein

Der Tourismus gehört zu den wichtigsten Wirtschaftsbereichen Deutschlands. Gerade im ländlichen Raum, in Kurorten, Heilbädern und gewachsenen Tourismusregionen – vom Rheingau bis zur Sächsischen Schweiz – bildet das traditionelle Gastgewerbe seit Generationen die wirtschaftliche Grundlage und prägt die lokale Identität. Doch genau diese Strukturen geraten zunehmend unter Druck – nicht durch mangelnde Nachfrage, sondern aufgrund politischer Entscheidungen, die an der Realität vor Ort vorbeigehen.

Mehr Aufgaben – weniger Möglichkeiten

Viele Kur- und Erholungsorte stehen vor einem paradoxen Problem: Sie sollen mehr touristische Angebote bereitstellen, verfügen dafür jedoch über zunehmend weniger personelle und finanzielle Ressourcen.

Kommunen kämpfen mit steigenden Betriebskosten, fehlenden Investitionen, dauerhaften Personalengpässen, wachsendem Bürokratieaufwand und zusätzlichen Belastungen durch die anhaltende Massenmigration. Statt den Tourismus zu stärken, verschärfen ständig neue Berichtspflichten und Regulierungen die Situation zusätzlich. Landes- und Bundesvorschriften greifen oft ineinander, ohne ausreichend aufeinander abgestimmt zu sein. Das führt zu einer strukturellen Überlastung.

Gerade kleine und mittelständische Familienbetriebe im Gastgewerbe können diese Last kaum noch tragen. Die Zahl klassischer Inhaberbetriebe nimmt in vielen deutschen Urlaubsorten spürbar ab. Was verloren geht, ist mehr als die wirtschaftliche Leistung: Es ist der soziale Anker vieler Gemeinden.

Fachkräftemangel? Das wahre Problem liegt woanders

Der oft beschworene Fachkräftemangel wird von den etablierten Parteien gerne als Vorwand genutzt, um massenhaft kulturfremde Einwanderer nach Deutschland zu holen. In Wirklichkeit leidet unser Land jedoch nicht an fehlenden Fachkräften, sondern an einem grundlegenden Vermittlungsproblem: Arbeit lohnt sich immer weniger – für Betriebe wie auch für Beschäftigte.

Die Ursachen hierfür liegen auf der Hand. Arbeitgeber werden durch hohe Abgaben belastet, Arbeitnehmer durch übermäßige Besteuerung. Preissteigerungen bei Getränken und Speisen sind die direkte Folge. Für Fachkräfte lohnt sich der berufliche Aufstieg immer seltener, während Auszubildende mit ihren Freibeträgen kaum die wöchentlichen Mahlzeiten finanzieren können – unter solchen Bedingungen kann kein mittelständisches Gastgewerbe langfristig überleben. Der Personalmangel bleibt bestehen, gleichzeitig fehlt den Kommunen das Geld, um ihre traditionellen Betriebe aufrechtzuerhalten.

Tourismus als Teil unserer kulturellen Identität denken

Seit jeher hat das traditionelle Gastgewerbe nicht nur Einnahmen generiert, sondern kulturelle Beständigkeit geschaffen. Kurhäuser, historische Hotels, traditionelle Gasthöfe, lokale Gastronomie und familiengeführte Pensionen sind Orte sozialer Bindung und regionaler Identität. Sie stifteten Vertrauen, stärken den Zusammenhalt und verleihen Regionen ihren unverwechselbaren Charakter. Damit sind sie untrennbar mit Heimatverbundenheit und nationaler Solidarität verknüpft.

Wenn solche Betriebe schließen, verliert ein Ort seinen Charakter und zugleich eine Resource, die sich weder digitalisieren noch importieren lässt. Die Identität eines Naherholungsorts entsteht nicht durch Investitionen aus der Ferne, sondern durch Menschen, Beziehungen und gelebte Tradition.

Der Staat muss seine Aufgabe darin sehen, diese identitätsstiftenden touristischen Einrichtungen zu erhalten und notwendige Investitionen in die Infrastruktur zu sichern. Vor allem aber darf er dem wirtschaftstragenden Mittelstand nicht im Wege stehen oder ihn mit ideologischen Projekten belasten.

Ein klarer Kurs für den Tourismusstandort Deutschland

Der Arbeitskreis Tourismus der AfD-Bundestagsfraktion setzt daher seinen Kurs der vergangenen Wahlperioden konsequent fort. Das bedeutet: geringere Abgaben für den Mittelstand, eine Abkehr von der derzeitigen Übererfüllung von Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union und ein wirksamer Schutz der lokalen Identität, Kultur und Sicherheit durch eine klare Kurskorrektur in der Migrationspolitik.

Tourismus ist Wirtschaft – aber ebenso Kultur, Identität und ein entscheidender Faktor für die Stabilität unserer Kommunen. Wenn diese Säulen bröckeln, verliert Deutschland weit mehr als Übernachtungszahlen.

Unser Nein zur EU-Ch

Bedrohung der Bürgerrechte durch digitale

Die Debatte um die sogenannte Chatkontrolle hat die europäische Politik und Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren intensiv beschäftigt. Was die EU-Kommission 2022 unter dem Titel »Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern« (KOM 2022/0155 COD) vorlegte und als Maßnahme zum Schutz Minderjähriger präsentierte, erwies sich bei genauerer Betrachtung als weitreichender Eingriff in die digitale Kommunikation von Millionen Bürgern und stellte sie faktisch unter Generalverdacht.

Die geplante Chatkontrolle hätte Anbieter von Kommunikationsdiensten – darunter Messenger-Apps, E-Mail-Dienste und Cloud-Plattformen – dazu verpflichtet, Inhalte ihrer Nutzer automatisiert auf Missbrauchsdarstellungen zu durchsuchen und verdächtige Funde zu melden. Kern des Entwurfs waren sogenannte Client-Side-Scanning-Technologien, bei denen Nachrichten, Bilder und Videos direkt auf dem Endgerät und noch vor

der Verschlüsselung geprüft werden sollten. Damit wäre erstmals eine Form der digitalen Massenüberwachung geschaffen worden, die anlasslose Durchleuchtungen privater digitaler Kommunikation ermöglicht hätte.

AfD-Bundestagsfraktion warnte vor weiterer Einschränkung zentraler Grundrechte

Schon bei Bekanntwerden der Pläne bezog die AfD-Bundestagsfraktion unmissverständlich Stellung: Mit dem Antrag »Privatsphäre schützen – Nein zur EU-Chatkontrolle« (Drucksachennummer 21/2240) forderte sie die Bundesregierung auf, sich im EU-Rat eindeutig gegen den Verordnungsentwurf zu positionieren und stattdessen auf gezielte, rechtsstaatliche Maßnahmen zum Schutz von Kindern zu setzen.

Die Fraktion machte in ihrem parlamentarischen Antrag deutlich, dass »Kinderschutz [...] niemals als Deckmantel für staatliche

atkontrolle

Massenüberwachung

Bild: envato / stockkete

Massenüberwachung missbraucht werden darf]. [...] Wer alle Bürger präventiv scannt, zerstört das Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie. Eine solche Infrastruktur ist der digitale Dammbruch schlechthin«, heißt es im Antrag.

Entsprechend wies die AfD-Bundestagsfraktion frühzeitig darauf hin, dass der Entwurf zentrale Grundrechte verletzt:

- **das Recht auf Achtung des Privatlebens und des Schutzes personenbezogener Daten gemäß Artikel 7 und 8 der EU-Grundrechtecharta**
- **das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Grundgesetz**
- **das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz**
- **die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 Grundgesetz**

Rechtliche und technische Kritik bestätigen Bedenken

Mit ihrer Kritik stand die AfD-Bundestagsfraktion keinesfalls allein. Der Juristische Dienst des EU-Rates, der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) sowie der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) äußerten übereinstimmend erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit mit geltenden Grundrechten. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages kam zu dem Schluss, dass gegen elementare Datenschutz- und Kommunikationsrechte verstossen werde.

Neben der juristischen Kritik wurden auch technische Einwände erhoben. Mehr als 470 Wissenschaftler aus 34 Ländern warnten vor gravierenden Schwächen der vorgesehenen Erkennungsalgorithmen. Diese seien fehleranfällig, könnten zahlreiche Falschmeldungen erzeugen und die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung faktisch aushebeln. Eine

solche Entwicklung würde die Cybersicherheit insgesamt schwächen.

Nach Einschätzung der AfD-Bundestagsfraktion offenbart sich hier ein grundlegender Zielkonflikt: Unter dem Vorwand des Kinderschutzes soll eine Infrastruktur geschaffen werden, die künftig potenziell jede Form privater Kommunikation erfassen kann – von Bildern über Textinhalte bis hin zu politisch relevanten Äußerungen.

Gemeinsam für die Bewahrung und Stärkung der Bürgerrechte

Innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion arbeiteten insbesondere die Arbeitskreise für die Angelegenheiten der Europäischen Union, für Digitales und für Innenpolitik eng zusammen, um den Widerstand gegen die geplante Chatkontrolle politisch, juristisch und technisch fundiert zu organisieren. Der Arbeitskreis Digitales koordinierte die Argumentation zu IT-Sicherheit, Datenschutz und Verschlüsselung, während die Arbeitskreise Angelegenheiten der Europäischen Union und Innenpolitik die europapolitischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen unserer Ablehnung erarbeiteten.

Diese abgestimmte Vorgehensweise erwies sich als entscheidend, um den parlamentarischen Druck auf Bundesregierung und EU-Rat zu erhöhen. Mit Erfolg: Der für den 14. Oktober 2025 vorgesehene Beschluss des EU-Rates wurde kurzfristig vertagt – das Vorhaben der Chatkontrolle vorerst gestoppt.

Oppositionsarbeit zeigt Wirkung: Ein Erfolg für Freiheit und Demokratie

Mit dem vorläufigen Stopp der Chatkontrolle sieht sich die AfD-Bundestagsfraktion in ihrer Einschätzung bestätigt. Die Entschei-

dung der dänischen EU-Ratspräsidentschaft zeigt, dass rechtliche Einwände, technische Bedenken und öffentlicher Widerspruch Wirkung entfalten können. Allerdings will die EU-Kommission einen weiteren Anlauf zur Durchsetzung ihrer Pläne nehmen.

Die AfD-Bundestagsfraktion wird jeden Versuch entschieden zurückweisen, Bürger ohne Anlass zu erfassen oder digitale Kommunikation unter Generalverdacht zu stellen. Denn der Vorgang hat gezeigt, dass konsequente Oppositionsarbeit Ergebnisse erzielt. Während andere Fraktionen bereit sind, im Namen vermeintlicher Sicherheit fundamentale Freiheitsrechte einzuschränken, steht die AfD-Bundestagsfraktion weiterhin für den Schutz der Privatsphäre, für Rechtsstaatlichkeit und für ein Europa der Bürger.



Finanzielle Zwangsmaßnahmen im Stil

Die AfD-Bundestagsfraktion geht entschieden gegen politisch motivierte Kontokündigungen vor

Mit dem Antrag »Zugang zu Zahlungskonten sichern – politisch motivierte Kontokündigungen verbieten« (Bundestagsdrucksache 21/2712) hat die AfD-Bundestagsfraktion am 13. November 2025 eine eindeutige Antwort auf eine Entwicklung vorgelegt, die sich seit Monaten zuspitzt. Bereits im Bundestagswahlkampf 2025 zeigte sich, dass die Zahl plötzlicher und unerwarteter Kontokündigungen von AfD-Gliederungen und regierungskritischer Medien stark anstieg. Das Muster ist bekannt und erinnert an Vorgänge in den USA, wo vor und nach der ersten Amtszeit Donald J. Trumps ebenfalls massive Eingriffe in die Finanzinfrastruktur politisch unliebsamer Akteure zu beobachten war.

Debanking: Ein stilles Werkzeug politischer Ausgrenzung

Unter »Debanking« versteht man die Schließung oder Verweigerung von Bankkonten ohne Begründung und ohne Einspruchsmöglichkeit. Offiziell berufen sich Banken dabei auf finanzielle, rechtliche oder reputationsbezogene Risiken; faktisch aber entsteht ein gefährlicher politischer Hebel. Da die Gründe im Einzelnen nicht offengelegt werden, können sich Betroffene kaum gegen diese Entscheide wehren. Dies kann

schwerwiegende Folgen haben, da grundlegende Bankdienstleistungen heute Voraussetzung für nahezu jede Form gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe sind.

In der Praxis reicht oft ein formaler Hinweis der Bank, um politisch oder gesellschaftlich unerwünschten Akteuren den Zugang zu zentralen Infrastrukturen zu entziehen. Besonders betroffen sind Oppositionspolitiker, regierungskritische Medien, Vereine und Aktivisten. Die AfD-Bundestagsfraktion und die AfD als Partei sahen sich in den vergangenen Jahren wiederholt mit Kontokündigungen oder verweigerten Kontoeröffnungen konfrontiert.

Von Bielefeld bis London: Wenn Konten verschwinden

Wie ernst die Lage inzwischen ist, zeigt eine Reihe von Kontoschließungen allein im November 2025: In den ersten beiden Wochen wurden die Konten der AfD-Kreisverbände Bielefeld, Lippe, Paderborn und Minden-Lübbecke von der VerbundVolksbank Ostwestfalen-Lippe ohne Angabe von Gründen gekündigt. Bereits zuvor traf es im Laufe des Jahres weitere AfD-Kreisverbände – darunter Düsseldorf, Viersen, Neuss und Hohenlohe – sowie die NRW-Landtagsfraktion.

Vorangegangen waren Forderungen seitens der staatlich geförderten »Omas gegen Rechts« in Sachsen und anderen Bundesländern, finanzielle Zwangsmaßnahmen gegen die AfD und ihre Abgeordneten zu ergreifen.

Finanziellen Zwangsmaßnahmen durch Banken ist allerdings nicht nur die AfD ausgesetzt. In den vergangenen Jahrzehnten kündigten große Geldinstitute wiederholt Konten politisch unbequemer Akteure. So trennte sich die Deutsche Bank zwischen 2000 und 2005 mehrfach von politisch unliebsamen Organisationen, alternativen Medien und unabhängigen Einrichtungen. Im Jahre 2021 beendete sie nur wenige Tage nach der verlorenen Wiederwahl Donald Trumps die langjährige Geschäftsbeziehung mit ihm und strich zusätzlich bestehende Kreditlinien.

Auch jüngere Fälle zeigen die Brisanz des Themas: 2023 verlor AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla seine Konten bei der Postbank, einer Tochterfirma der Deutschen Bank. In Großbritannien wurden dem Oppositionsführer Nigel Farage die Konten gekündigt. In Kanada setzte die Regierung unter Justin Trudeau Kontosperrungen gezielt als politisches Druckmittel gegen Unterstützer der Proteste gegen Corona-Maßnahmen ein. Betroffen waren hunderte Truckfahrer. Das Notstandsgesetz erlaubte es, Bankkonten ohne Gerichtsbeschluss einfrieren zu lassen. In Frankreich berichteten zahlreiche »Gelbwesten«-Aktivisten von ähnlichen Maßnahmen.

Was steckt dahinter?

Hinter politisch motivierten Kontosperrungen verbirgt sich ein Geflecht unterschiedlicher sachlicher Faktoren und verschiedener weltanschaulicher Motivationen: öffentlicher und staatlicher Druck, zunehmend politisierte Entscheidungsprozesse in Bank-

vorständen sowie höhere Verwaltungsauflagen aufgrund von EU-Vorgaben zur Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Banken beschreiben diese Gemengelage häufig als »Reputationsrisiko« – also die Befürchtung, durch bestimmte Kunden ins Visier von Behörden, Medien oder politisch agierenden Gruppen zu geraten.

Politische Einstufungen durch den Verfassungsschutz wirken für Banken wie ein Warnsignal: Sie erhöhen die sogenannte Risikoklasse eines Kunden und lösen damit Kettenreaktionen von bürokratischen Pflichten aus: EU-Vorgaben verlangen in solchen Fällen zusätzliche Prüfungen, umfangreiche Dokumentationen und eine deutlich strengere Überwachung aller Zahlungsvorgänge.

Wenn dabei das Anti-Geldwäsche-Überwachungsprogramm (AML-Programm) bei jedem Überweisungsvorgang Alarm schlägt und eine Verdachtmeldung erzeugt, die der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) gemeldet werden muss, steigt der Aufwand massiv. Für viele Banken ist es deshalb oft einfacher, sich von dieser betreuungsintensiven Kundschaft zu trennen.

Durch die enge internationale Vernetzung des Bankensektors setzt sich diese Logik auch im Ausland fort: Wird eine Person oder Organisation in Deutschland als »risikoreich« eingestuft, schließen ausländische Banken häufig vorsorglich ebenfalls Konten oder verweigern deren Eröffnung. Auch die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) verpflichtet Banken, laufend die Risiken ihrer Korrespondenzpartner zu bewerten und bei Verdacht sofort Maßnahmen zu ergreifen. Das führt am Ende dazu, dass Banken ganze Kundensegmente meiden, um den administrativen Aufwand gering zu halten und potenzielle Bußgelder zu vermeiden.

Zusätzlich verstärken regierungsfördernde Nichtregierungsorganisationen oder öffentlich-rechtliche Journalisten diesen Druck, indem sie Listen über Spendenkonten sammeln und Banken öffentlich dazu auffordern, sich von rechtsextremen Kunden zu trennen.

Welche Auswüchse diese Entwicklung annehmen kann, zeigt der Skandal um die Sparkasse Mittelfranken Süd, über dessen Aufklärung durch den AfD-Bundestagsabgeordneten Kay Gottschalk wir bereits im September 2024 in der Ausgabe 11 von Fraktion Kompakt berichteten.



Fraktion Kompakt Ausgabe 11

Der Wind beginnt sich zu drehen

In einigen Ländern haben politisch motivierte Kontoschließungen bereits Konsequenzen nach sich gezogen. Großbritannien verschärfte nach dem Skandal um Nigel Farage die Regeln: Banken müssen seitdem Kündigungen begründen, längere Fristen einhalten und Willkür unterbinden. In den USA markierte Präsident Donald J. Trump am 7. August 2025 mit dem Regierungsdekret »Gewährleistung fairer Bankdienstleistungen für alle Amerikaner« (*Executive Order: Guaranteeing Fair Banking for All Americans*) einen deutlichen Kurswechsel. Das Dekret setzt klare Vorgaben gegen politische Diskriminierung und sieht Prüfungen bei Großbanken vor, wenn der Verdacht auf politisch motivierte Schließungen besteht.

Das Ziel unserer parlamentarischen Initiative

Der vorgelegte Antrag der AfD-Bundestagsfraktion orientiert sich an dieser Entwicklung. Ziel ist es, bundesweit eindeutige und rechtssichere Vorgaben zu schaffen. Dazu gehören:

- **Präzisierung des gesetzlichen Versorgungsauftrags der Sparkassen**, damit grundlegende Bankdienstleistungen für alle Bürger und Parteien gewährleistet bleiben
- **Ein klar definiertes Neutralitätsgebot für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute**, das politische Diskriminierung ausdrücklich ausschließt
- **Missbrauchssichere Geldwäsche-Überwachungssysteme**, die nicht gegen legitime Parteien, Medien oder Unternehmen instrumentalisiert werden können, sofern keine nachweisbaren Hinweise auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung vorliegen

Kurz gesagt: Missbrauchsanfällige Neutralitätsregeln, politisch voreingenommene Kontrollen und der Einsatz von Geldwäscheüberwachungen als politisches Druckmittel sollen ausgeschlossen werden. Vorgesehen sind sowohl gesetzliche Präzisierungen als auch aufsichtsrechtliche Klarstellungen – mit besonderem Augenmerk auf Sparkassen und ihr öffentliches Mandat. Kontensperrungen aus politischen Gründen werden durch diese Maßnahmen verhindert und die Beeinträchtigung der parlamentarischen Arbeit gewählter Volksvertreter unterbunden.



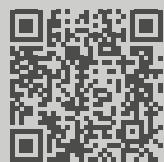
Grundsicherung im Alter: eine Sozialleistung unter Druck

**Die AfD-Bundestagsfraktion zeigt, wie verantwortliche
Oppositionsarbeit Fehlentwicklungen offenlegt**

Kum ein Thema verdeutlicht die demografische Herausforderung unseres Landes besser als der Zustand der Deutschen Rentenversicherung. Wenig bekannt, aber ebenso von der Demografie betroffen, ist die Grundsicherung im Alter: Die Sozialleistung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB XII) sichert denjenigen das soziokulturelle Existenzminimum, die das Rentenalter erreicht haben und nicht genug fürs alltägliche Leben haben.

Um Menschen im Alter ein würdiges Leben zu ermöglichen, hat die AfD-Bundestagsfraktion den Antrag »Rentnerarmut in Deutschland – Einführung eines 25-Prozent-Freibetrags in der Grundsicherung« in den Bundestag eingebracht. Es ist ein Gebot der Fairness, dass die Bürger, die sich eine eigene Rente erarbeitet haben und dennoch auf Grundsicherung angewiesen sind, einen Vorteil aus ihrer Rente ziehen. Das gilt ebenso für armutsbedrohte Seniorinnen, die aufgrund der Erziehung ihrer Kinder nicht im gleichen Umfang berufstätig sein konnten, denn auch ihre Mütterrente wird derzeit vollständig auf die Grundsicherung angerechnet.

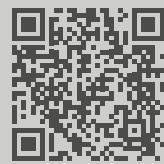
Unser Antrag: Rentnerarmut in Deutschland – Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages in der Grundsicherung



Bundestagsdrucksache 21/2718, 11.11.2025
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/027/2102718.pdf>

Die genauen Kosten für die Grundsicherung im Alter kann die Bundesregierung für das laufende und das vergangene Jahr nicht benennen. Eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion ergab jedoch, dass die Grundsicherung im Alter im Jahr 2023 Kosten von rund 5,1 Milliarden Euro verursachte.

Unsere schriftlichen Fragen an die Bundesregierung



Bundestagsdrucksache 20/13565, S. 52, 28.10.2024
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/135/2013565.pdf>

Deutsche und Ausländer in der Grundsicherung

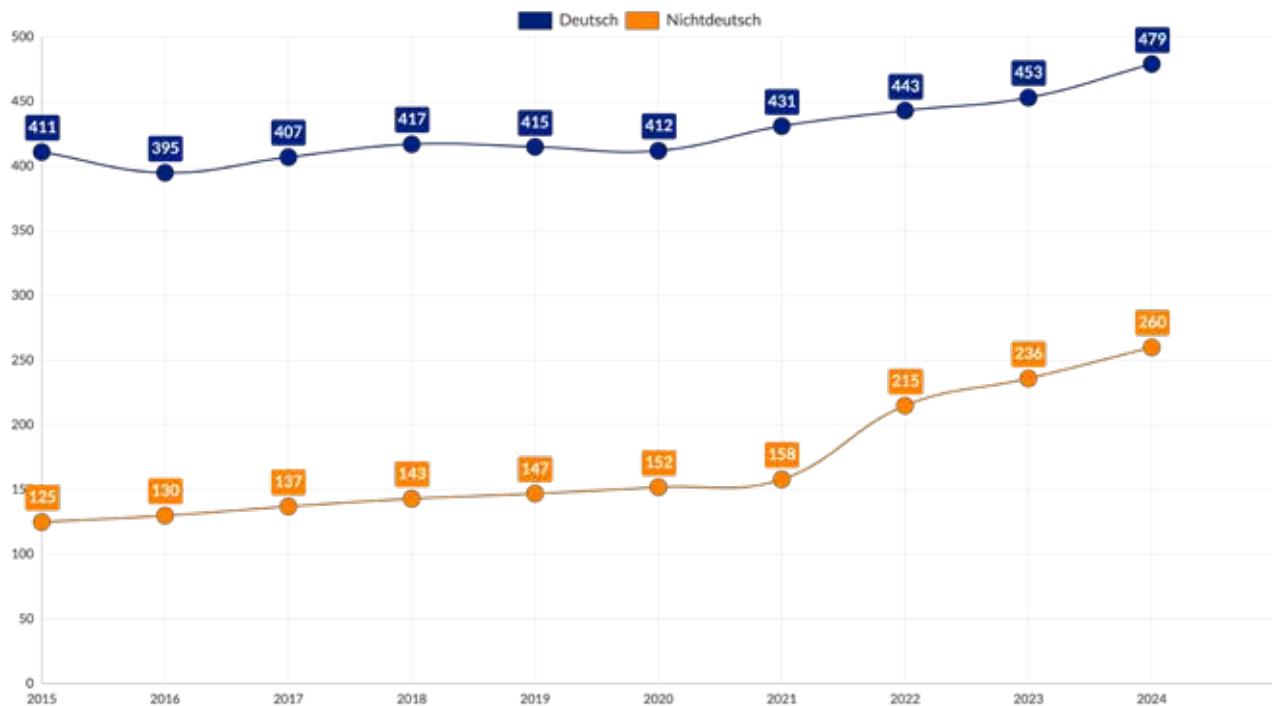
Im Dezember 2024 erhielten laut Destatis insgesamt 738.840 Menschen die Grundsicherung im Alter. Davon hatten 479.265 die deutsche und 259.575 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Auf den ersten Blick wirkt dieser Anteil moderat, vor allem im Vergleich zum Bürgergeld, bei dem Ausländer fast die Hälfte aller Leistungsempfänger ausmachen. Doch der Eindruck täuscht: Während die Zahl deutscher Grundsicherungsempfänger im Alter zwischen 2015 und 2024 nur leicht zunahm, hat sich die Zahl ausländischer Empfänger im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt – von 124.992 auf 259.575.

Hinzu kommt, dass bisher nur ein sehr kleiner Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer das Rentenalter erreicht hat. Laut Destatis hatten im Jahr 2024 17,9 Millionen Deutsche das 65. Lebensjahr vollendet, bei Ausländern waren es nur 1,1 Millionen. Diese Zahlen skizzieren einen Trend, der zukünftig massive Gefahren für die Stabilität unserer Sozialstrukturen birgt.

Deutlich überrepräsentiert: Ausländer in der Grundsicherung

Laut Destatis stieg der Anteil der deutschen Staatsbürger, die im Rentenalter Grundsicherung erhalten, in den letzten zehn Jahren lediglich von 2,5 auf 2,8 Prozent. Bei Ausländern hingegen erhöhte sich dieser Anteil im

Empfänger von Grundsicherung im Alter nach Nationalität (Angaben in Tausend)



gleichen Zeitraum signifikant, nämlich von 16 Prozent im Jahr 2015 auf 25,7 Prozent im Jahr 2024. Im vergangenen Jahr waren demzufolge ausländische Senioren mehr als neunmal so häufig auf Grundsicherung angewiesen wie deutsche Rentner.

Auffällig ist zudem der starke Anstieg der Grundsicherungsquote bei Ausländern von 17,5 Prozent im Jahr 2021 auf 23,1 Prozent im Jahr 2022. Hintergrund ist eine Gesetzesänderung, durch die ukrainische Migranten aus dem Asylleistungsbereich in das reguläre Sozialleistungssystem übernommen wurden (auch Rechtskreiswechsel genannt); dadurch erhielten sie Zugang zur Grundsicherung, obwohl keine Beitragszeiten vorlagen. Bereits im Dezember 2023 bezogen insgesamt 86.775 Ukrainer Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem Antrag »Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden«, diesen Missstand zu beheben.

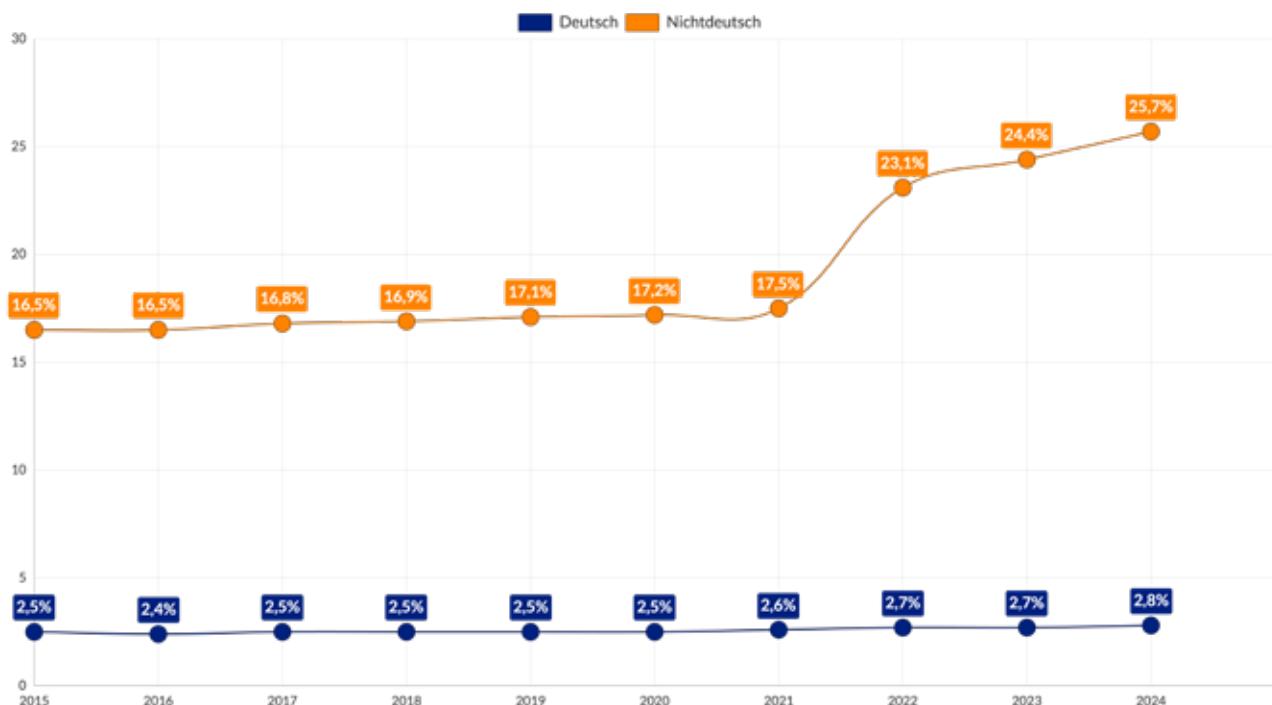
Unser Antrag: Bürgergeldbezug für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine beenden



Bundestagsdrucksache 21/588, 24.06.2025
<https://dserver.bundestag.de/btd/21/005/2100588.pdf>

Die Gründe für die Überrepräsentation ausländischer Grundsicherungsempfänger sind gut dokumentiert: Laut einem Bericht der Bundesregierung verfügen 43 Prozent aller Grundsicherungsbezieher über keine abgeschlossene Berufsausbildung; bei Ausländern ist dieser Anteil besonders hoch. Zudem haben viele Ausländer – aufgrund von jahrelangem Bürgergeldbezug, oder weil sie im Erwachsenenalter nach Deutschland eingewandert sind – nur geringe Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt.

Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter ab dem 65. Lebensjahr nach Nationalität



Demografische Zeitbombe

Im Jahr 2024 lag das Durchschnittsalter der in Deutschland lebenden Ausländer bei 37,8 Jahren. Bei Syrern, Afghanen und Irakern lag der Altersdurchschnitt noch niedriger, zwischen 26,4 und 28,7 Jahren. Die große Mehrheit der Zuwanderer wird folglich erst in den kommenden Jahrzehnten das Rentenalter erreichen. Damit wird die Zahl der ausländischen Senioren, die Grundsicherung im Alter beziehen, auch in Zukunft überproportional steigen – mit erheblichen finanziellen Folgen für unseren Sozialstaat.

Schon heute wird deutlich, wohin diese Entwicklung führt. Im Jahr 2024 und 2025 reichten die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgesehenen Mittel für die Zahlung der Rentenleistungen nicht aus. Der gestiegene Bedarf musste durch zusätzliche, nicht eingeplante Ausgaben in Höhe von insgesamt 385 Millionen Euro gedeckt werden. Ohne diese zusätzlichen Mit-

tel hätte die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht mehr vollständig ausgezahlt werden können. Das zeigt: Die Grundsicherung im Alter wird zunehmend zu einem schwer planbaren Kostenfaktor.

Um die Grundsicherung im Alter als stabile und langfristig finanzierbare Sozialleistung zu erhalten, sind aus Sicht der AfD-Fraktion vor allem zwei Maßnahmen entscheidend: die Folgen des demografischen Wandels realistisch einzuschätzen und zugleich die derzeitige Masseneinwanderung nach Deutschland wirksam zu begrenzen.

FOLGEN SIE UNS!

-  [AfDBundestag.de](http://AfdBundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  @AfDimBundestag
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](http://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
AfDimBundestag/](http://instagram.com/AfDimBundestag/)
-  [@tiktok.com/
@AfDFraktionimBundestag](http://tiktok.com/@AfDFraktionimBundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
AfDBundestag.de/rundbrief/



JETZT KOSTENFREI ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei abonnieren und erhalten dann jede neue Ausgabe von Fraktion Kompakt bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.

<https://afdbundestag.de/bestellung/>

